

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 01.06.2017

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 01.06.2017
Beginn: 19:14 Uhr
Ende: 20:21 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer ohne Zif. 5ö

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

ohne Zif. 5ö

Stadträtin Andrea Schmidt

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführerin

Verwaltungsfachangestellte Franziska Schlier

Berichterstatter

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Verwaltungsangestellte Jutta Heger

Sozialpädagogin Jochen Kulczynski Zif. 3ö

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Verwaltungsfachwirtin Christina Thiele bis Zif. 5ö

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

fraktionslos

Stadträtin Jutta Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen folgende Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 2 „Fraktionsaustritt von Stadträtin Wallrapp aus der Fraktion der FW-FBW sowie Eintritt in die Fraktion der KIK“ von der Tagesordnung genommen wird und übergibt zur Erläuterung das Wort an Frau Schmöger.

Oberrechtsrätin Schmöger informiert über einen Anruf der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes am heutigen Tag um 15.30 Uhr mit dem Hinweis über erhebliche Zweifel an dem Fraktionsbeitritt auf Grund der ausschussbesetzenden Wirkung in genanntem Fall. Das Landratsamt meint, dass es sich nicht um einen Fraktionsbeitritt handelt, da die erkennbaren Gesamtumstände nicht den Ausdruck politisch geänderten Verhaltens aufzeigen. Die Stadt Kitzingen habe dies auch geprüft, allerdings ausschließlich mit Blick auf die politischen Äußerungen im Gremium und hat so kein tatsächliches Hindernis für den Übertritt gesehen. Das Landratsamt sehe dies aber anders und hat die gesamte Historie und alle Äußerungen von Frau Wallrapp betrachtet. Angefangen vom Fraktionsausschluss über den eigenen Austritt bis hin zur Aussage, sie bleibe den Freien Wählern und deren Gesinnung treu und sei zur Not fraktionsloses Mitglied im Stadtrat, aber noch Mitglied der Freien Wähler im Kreistag sowie stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Diese Fakten wertet das Landratsamt als Indi-

zien dafür, dass es keine geänderte politische Auffassung gebe und zieht in Erwägung, dass es sich nur um eine Umgehung sonstiger Umstände handelt, um Ausschusssitze zu erhalten. Oberrechtsrätin Schmöger erläutert, dass es umfangreiche Rechtsprechungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs gebe, die von der Verwaltung nun eingehend zu prüfen seien, sodass die Thematik auf die Stadtratssitzung am 29.06.2017 vertagt werden muss.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 28.03.2017

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 28.03.2017 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Fraktionsaustritt von Frau Stadträtin Wallrapp aus der Fraktion der FW-FBW sowie Eintritt in die Fraktion der KIK; hier: Neubesetzung von Ausschüssen, Aufsichtsräten, Beiräten, Gesellschafterversammlung LKW Kitzingen GmbH und Referaten

zurückgestellt

Auf Grund der ausführlichen Informationen vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Thematik verschoben. Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 29.06.2017.

3. Konzeptentwurf jungStil 2017-2021

Sozialpädagoge Kulczynski stellt ausführlich das Konzept von jungStil für die Jahre 2017-2021, welches der Niederschrift als wesentliche Anlage beiliegt, vor. Abschließend informiert er das Stadtratsgremium, dass sich der Jugendstadtrat auflöse und betont in diesem Zusammenhang, dass die Zusammenarbeit von beiden Seiten nicht wie gewünscht funktioniert habe. Er ist aber der Meinung, es sollte ein Weg gefunden werden, den Jugendlichen politisches Interesse zu vermitteln.

Im Nachgang zur Präsentation geht Herr Kulczynski auf einige Fragen zur Jugendarbeit in Kitzingen ein.

Stadtrat Moser wünscht sich in Zukunft wieder ein breiteres Ferienprogramm, welches nicht ausschließlich Ganztagsangebote beinhaltet. Sozialpädagoge Kulczynski sieht es eher als Betreuungsangebot, sollte es von Seiten der Stadt anders gewollt sein, wäre dies zu diskutieren.

Stadtrat Dr. Küntzer dankt jungStil für die bisher geleistete Arbeit und für das fachlich sehr gute Konzept. Er ist der Meinung, es müsste ein neuer Weg gefunden werden, um an die Jugendlichen ranzukommen. Beim Jugendstadtrat habe es zu wenig Austausch gegeben. Auch die Stadt Kitzingen sollte sich Gedanken machen, wie und bei welchen Themen die Jugendlichen eingebunden werden könnten. Weiter informiert Herr Dr. Küntzer, dass in der letzten Jugendbeiratssitzung eine neue Beiratsordnung beschlossen wurde, die dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt werde.

Abschließend richtet Sozialpädagoge Kulczynski sein Wort an die Stadtratsmitglieder und lädt gerne alle Interessierten zu den Sitzungen des Jugendbeirates ein.

Oberbürgermeister Müller dankt Herrn Kulczynski für die detaillierte Darstellung der Konzeption.

Ohne Abstimmung

Vom neuen jungStil-Konzept 2017-2021 (Sitzungsvorlage Nr. 2017/073) wird Kenntnis genommen.

4. Gebührensatzung für die städtische Kindertageseinrichtung "Schülerhort Kitzingen" vom 15.07.16; hier: 1. Änderungssatzung

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/096 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erlässt die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die städtische Kindertageseinrichtung „Schülerhort Kitzingen“ vom 15.07.2016.

5. Schülerhort in Kitzingen; weitere Vorgehensweise ab Schuljahr 2018/2019

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/094 wird Kenntnis genommen.
2. Die Betriebsträgerschaft für den Schülerhort soll zum Schuljahr 2018/2019 am Standort der Grund- und Mittelschule Kitzingen Siedlung an einen freigemeinnützigen oder sonstigen Träger übertragen werden. Der Betriebsträger ist mittels öffentlichem Trägersauswahlverfahren zu ermitteln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Trägersauswahlverfahren durchzuführen.

6. Anträge von Fraktionen und Gruppen

6.1. KIK-Antrag Nr. 169/3-2017: Neufassung der Straßenausbaubeitragspflicht in Kitzingen

Stadtrat Christof erläutert ausführlich den Antrag der KIK-Fraktion zur Straßenausbaubeitragspflicht und fordert zur Entlastung der Kitzinger Bürgerinnen und Bürger die Umstellung auf einen jährlichen Straßenausbaubeitrag sowie die Änderung der Beitragssatzung.

Oberrechtsrätin Schmöger weist daraufhin, dass die derzeitige Satzung verbesserungsfähig und in jedem Fall überarbeitet werden müsse. Den Antrag hält sie

grundsätzlich für gut, betont aber, dass eine Umstellung einen enormen Arbeitsaufwand für die Verwaltung bedeuten würde und auch externe Berater zugezogen werden müssten.

Auf Nachfrage aus dem Gremium erklärt Oberrechtsrätin Schmöger, dass bei einer Umstellung Überleitungsregelungen zu berücksichtigen seien. Diese beziehen sich auf Maßnahmen der letzten Jahre und damit verbundene Beiträge. Dadurch werden Bürger, die vor kurzer Zeit Beiträge leisten mussten von einer jährlichen Beitragspflicht für einen entsprechenden Zeitraum befreit bzw. zahlen Bürger unterschiedlich hohe Beiträge je nach Bereich.

Stadträtin Kahnt möchte wissen, wann die Satzung überarbeitet wird, wenn der Stadtrat die Umstellung ablehnt. Oberrechtsrätin Schmöger betont, dass selbst die Überarbeitung der Satzung ein großer Arbeitsaufwand sei. Die punktuellen Veränderungen würde die Verwaltung einarbeiten, an die aktuelle Rechtsprechung anpassen und zur Entscheidung vorlegen. Wie viel Zeit die Überarbeitung in Anspruch nehmen wird, kann sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Einige der Stadtratsmitglieder befürchten, dass eine Umstellung neben dem bürokratischen Aufwand, viele Klagen und Unzufriedenheit der Bürger hervorrufen könnte.

Stadtrat Christof betont, dass es in Härtefällen oftmals um die Existenz gehe. Er vertritt die Ansicht, dass ein jährlicher Beitrag für die Gesamtheit einfacher aufzubringen sei. Beispielsweise könnte aber auch die Stadt Kitzingen ihren kommunalen Anteil erhöhen, um die Belastung für die Bürger zu verringern.

Stadtrat Müller stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

abgelehnt **dafür 10** **dagegen 18**

Dem Antrag von Stadtrat Müller auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

Stadtrat Heisel findet es sinnvoll, den kommunalen Anteil zu erhöhen. Eine Umstellung sieht er kritisch, vor allem auch wegen möglicher Klagen gegen die Abrechnungsstelle. Außerdem sei es sehr schwierig, die Straßen zu vergleichen. Stadtrat Rank schließt sich seinem Vorredner an.

abgelehnt **dafür 6** **dagegen 22**

Vom Sachvortrag der Verwaltung Nr. 2017/099 wird Kenntnis genommen.

Die Kommunale Initiative Kitzingen beantragt im gesamten Stadtgebiet ab 01.01.2018 die bislang übliche einmalige Beitragspflicht für die Erschließung von neuen Baugebieten mit Straßen, Plätzen und Wegen sowie bei Straßenerneuerung durch einen jährlichen Straßenausbaubeitrag zu ersetzen und die Beitragsatzung entsprechend zu ändern.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2017 eine Beschlussvorlage mit verschiedenen Varianten zur Umsetzung vorzulegen.

**6.2. Antrag der Referentin für Soziale Stadt und Stadtteolförderung vom 16.05.2017;
Themen der Sozialen Stadt;
AG Soziale Stadt**

Stadträtin Tröge (Referentin für Soziale Stadt und Stadtteolförderung) verweist kurz auf den Antrag und bittet um Zustimmung.

beschlossen dafür 17 dagegen 11

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/104 wird Kenntnis genommen.
2. Anträge, die die Soziale Stadt betreffen, sind zuerst in der AG Sozialen Stadt zu bearbeiten und anschließend mit einer Empfehlung an den Stadtrat weiterzugeben.

7. Bestellung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten

Auf Nachfrage von Stadträtin Glos weist Oberrechtsrätin Schmöger daraufhin, dass in der Sondersitzung zum Organisationsgutachten am 12.05.2015 durch Beschluss die Arbeitszeit von Frau Näck-Schoor um 8 Stunden pro Woche erhöht wurde, dies allerdings nicht nur für die Bearbeitung der Datenschutzangelegenheiten. Für diese Arbeit berechnet das Organisationsgutachten 5 Wochenstunden, wobei bereits jetzt erkennbar ist, dass dies nicht ausreichend sei.

beschlossen dafür 26 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/105 wird Kenntnis genommen.
2. Frau Näck-Schoor wird zur behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadt Kitzingen bestellt.

8. Auftragsvergaben

**8.1. Umbau und Erweiterung Grund- und Mittelschule Siedlung;
Auftragsvergabe nach VOB/A-EU für Heizungsanlage Technikzentrale**

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/107 wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Heizung Technikzentrale an der Grund- und Mittelschule Siedlung wird an die Firma Grötsch Energietechnik, 91217 Hersbruck vergeben.
Die geprüfte Angebotssumme beträgt 163.671,54 € brutto.

9. Feststellung der Jahresrechnung 2014 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/102 wird Kenntnis genommen.
2. Feststellung der Jahresrechnung 2014 (Abstimmung mit Oberbürgermeister)
Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird die Jahresrechnung 2014 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen nach Durchführung der örtlichen Prüfung festgestellt.

beschlossen dafür 25 dagegen 2

3. Entlastung der Verwaltung (Abstimmung mit Ausschluss Oberbürgermeister)
Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird für die Jahresrechnung 2014 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen der Verwaltung die Entlastung erteilt.

10. Aufnahme eines Infrakredites Kommunal bei der LfA Förderbank Bayern für die bauliche Umsetzung des Handlungskonzeptes Kläranlage Kitzingen in 2016

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/083 wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Finanzierung der Ausgaben 2016 zur baulichen Umsetzung des Handlungskonzeptes für den Unterhalt und die Entwicklung der Kläranlage Kitzingen einen Kredit in Höhe von 1.105.000 € aus dem Programm "Infrakredit Kommunal" bei der LfA Förderbank Bayern zu folgenden Konditionen aufzunehmen:

Auszahlung:	100 %
Laufzeit:	10 Jahre
Tilgung:	2 tilgungsfreie Anlaufjahre, danach ¼ jährliche Zins- und Tilgungsraten zu 27.961,23 € z. Zt. 0,17 % fest für 10 Jahre

Die Aufnahme erfolgt auf den Haushaltseinnahmerest 2016 in Höhe von 1.105.000 € (HSt. 9121 3768).

11. Jahresrechnung 2016

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag Nr. 2017/106 wird Kenntnis genommen.

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2016 sowie des beiliegenden Rechenschaftsberichtes der Stadt Kitzingen wird gemäß

Art. 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

1. <u>Abschlussergebnisse</u>	
Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	49.731.430,32 €
Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>10.733.245,67 €</u>
	<u>60.464.675,99 €</u>
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt	49.731.430,32 €
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>10.733.245,67 €</u>
	<u>60.464.675,99 €</u>
Fehlbetrag / Überschuss	
2. <u>Stand der Schulden</u>	
Schulden aus Krediten	9.938.321,94 €
3. <u>Stand der Rücklagen</u>	
Allgemeine Rücklage	14.198.990,53 €

12. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 01.06.2017. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Im Folgenden geht die Verwaltung auf einige Verständnisfragen ein.

Oberbürgermeister Müller appelliert an die Stadtratsmitglieder, Fragen zum Berichtswesen im Vorfeld an die zuständigen Ämter bzw. Ansprechpartner zu richten, da in einige Bereichen eine spontane Beantwortung durch die Verwaltung schwierig sei und um den Sitzungsumfang zu entschlacken.

13. Sonstiges

13.1. Anfrage von Stadträtin Glos; AWO Repperndorf Fensteraustausch

Auf Anfrage von Stadträtin Glos informiert Bauamtsleiter Graumann, dass das Angebot für den Fensteraustausch vorliege, aber die Umsetzung noch nicht erfolgt sei.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:21 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte